



Presseschau vom 09.08.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Die ukrainischen Besatzer unterlassen die Versuche, unsere Verteidiger zur Erwidern des Feuers zu provozieren, um uns in der Folge der Verletzung des Waffenstillstands zu beschuldigen, nicht.

So haben Kämpfer der 36. Brigade des Kriegsverbrechers Gnatow um 21:40 Uhr mit automatischen Granatwerfern die Umgebung von **Leninskoje** beschossen. Informationen über Opfer und Zerstörungen sind nicht eingegangen.

Unsere Verteidiger halten den geltenden Waffenstillstand weiterhin ein und gehen nicht auf Provokationen des Feindes ein.

vormittags:

de.sputniknews.com: Vor Trumps Europa-Reisen: USA drohen Deutschland mit Truppenabzug

Nirgendwo in Europa sind so viele US-Soldaten stationiert wie in Deutschland. Aber wie lange noch? US-Präsident Trump erwägt eine Truppen-Verschiebung. Sie könnte schon bald verkündet werden.

Kurz vor den geplanten Europa-Reisen von US-Präsident Donald Trump verschärfen die USA ihre Drohungen mit einem Teilabzug ihrer Truppen aus Deutschland.

„Es ist wirklich beleidigend zu erwarten, dass der US-Steuerzahler weiter mehr als 50.000 Amerikaner in Deutschland bezahlt, aber die Deutschen ihren Handelsüberschuss für

heimische Zwecke verwenden”, sagte der US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, der Deutschen Presse-Agentur (DPA).

Zuvor hatte die US-Botschafterin in Polen, Georgette Mosbacher, getwittert: „Polen erfüllt seine Zahlungsverpflichtung von zwei Prozent des BIP gegenüber der Nato. Deutschland tut das nicht. Wir würden es begrüßen, wenn die amerikanischen Truppen in Deutschland nach Polen kämen.”

Trump hatte eine Truppenverlegung von Deutschland nach Polen bereits im Juni bei einem Besuch des polnischen Präsidenten Andrzej Duda in Washington ins Spiel gebracht.

Grenell pflichtete den beiden bei. „Präsident Trump hat Recht und Georgette Mosbacher hat Recht”, sagte er. „Zahlreiche Präsidenten haben die größte Volkswirtschaft Europas gebeten, für ihre eigene Verteidigung zu zahlen. Das ist eine Bitte, die sich über viele Jahre und viele Regierungen hingezogen hat.” Nun sei man an dem Punkt angelangt, an dem die Amerikaner und der US-Präsident reagieren müssten.

Deutschland ist das Land, in dem die meisten US-Truppen in Europa stationiert sind. Und nach Japan ist es der zweitgrößte Auslandsstandort der US-Streitkräfte überhaupt. Die Kommandozentralen für die US-Truppen in Europa und Afrika sind in Stuttgart, der wichtigste Luftwaffenstützpunkt der USA im rheinland-pfälzischen Ramstein und einer der größten Truppenübungsplätze Europas im bayerischen Grafenwöhr.

35.000 US-Soldaten in Deutschland

Insgesamt sind 35.000 US-Soldaten in Deutschland. Hinzu kommen 17.000 amerikanische und 12.000 deutsche Zivilisten, die von den US-Truppen beschäftigt werden. Zehntausende weitere Arbeitsplätze hängen von den amerikanischen Streitkräften ab.

Gerüchte über eine Truppenreduzierung aus Verärgerung über die deutschen Militärausgaben gibt es schon länger. Sie wurden aber zunächst dementiert. Grenell kündigte im September sogar noch eine Aufstockung um 1500 Soldaten an.

Inzwischen scheint sich das Blatt gewendet zu haben. Deutschland liegt bei den Verteidigungsausgaben trotz eines deutlichen Plus mit angestrebten 1,36 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr weit unter dem Nato-Ziel von zwei Prozent. Bis 2024 will die Bundesregierung zwar 1,5 Prozent erreichen. An der mittelfristigen Finanzplanung ist das aber nicht abzulesen. Dort stehen für 2023 1,24 Prozent.

USA verärgert über das klare Nein Deutschlands

Aktuell sind die Amerikaner zudem verärgert über das klare Nein Deutschlands zu einer Beteiligung an der US-Militärmission zum Schutz von Handelsschiffen vor iranischen Angriffen im Persischen Golf. Auch die US-Bitte um Bodentruppen für den Anti-IS-Kampf in Syrien wurde prompt abgeschlagen. Ob die „Tornado“-Aufklärungsflugzeuge der Bundeswehr in Jordanien stationiert bleiben, ist unklar, weil sich die SPD dagegen wehrt.

Bezeichnend für das angeschlagene Verhältnis zwischen den USA und Deutschland sind Trumps Europa-Reisepläne Ende August und Anfang September. Der US-Präsident reist am 24. August zunächst zum G7-Gipfel in den französischen Badeort Biarritz, wo er auf Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) treffen wird.

Kurz darauf macht Trump wieder einmal einen Bogen um Deutschland: Vom 31. August bis zum 3. September besucht er mit Dänemark und Polen zwei Länder, die in zentralen Streitfragen mit Deutschland auf der Seite der USA stehen. Das gilt vor allem für die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 zwischen Deutschland und Russland.

In Polen dürfte zudem die von der dortigen Regierung sehnlichst erwartete Stationierung von US-Truppen konkretisiert werden. Gut möglich, dass es dann auch schon eine Ansage gibt, von wo die Truppen dorthin verschoben werden.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32558/85/325588564.jpg>

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **Skandal um DW-Berichterstattung: Intendant Limbourg antwortet auf Vorwürfe Moskaus**

Die Deutsche Welle (DW) hat auf die Vorwürfe des russischen Außenministeriums reagiert, wonach der Sender mit seiner Berichterstattung über die Massenproteste in Moskau versucht haben soll, sich in innere Angelegenheiten Russlands einzumischen.

„Dieser Vorwurf ist abwegig“, sagte der Intendant des Senders, Peter Limbourg, dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND/Freitag). Sein Sender habe über die Demonstrationen lediglich berichtet. Die Deutsche Welle rufe grundsätzlich nicht zur Teilnahme an Demonstrationen auf.

„Wenn die russische Regierung uns unterstellt, wir seien Teilnehmer einer Demonstration und daher sei die Verhaftung eines unserer Journalisten zu rechtfertigen, wehren wir uns“, zitiert die Deutsche Presse-Agentur (DPA) Limbourg.

„Selbst aktiver Teilnehmer der rechtswidrigen Handlungen“

Hintergrund ist die kurzzeitige Festnahme eines DW-Korrespondenten bei nicht erlaubten Protesten in Moskau am 27. Juli. Daraufhin hatte der Sender eine Protestnote an das russische Außenministerium geschickt. Das Ministerium betonte in einer Antwort jedoch, dass der Sender zur Protestteilnahme aufgerufen habe und der Mitarbeiter „selbst aktiver Teilnehmer der rechtswidrigen Handlungen“ gewesen sei. Der Sender wies dies vehement zurück. Am Donnerstag teilte das Außenministerium mit, die russische Seite behalte sich im Falle einer Wiederholung das Recht vor, mit den geltenden nationalen Gesetzen zu reagieren. Das Ministerium habe dies der Geschäftsträgerin der deutschen Botschaft, Beate Grzeski, bei einem Treffen mitgeteilt.

Am 14. und 27. Juli sowie dem 13. August fanden in der russischen Hauptstadt von den Behörden nicht genehmigte Kundgebungen statt, die von den gescheiterten Abgeordneten kandidaten für die Moskauer Stadtduma organisiert wurden. Die Polizei nahm dabei insgesamt etwa 1700 Menschen wegen Friedensstörung und anderer Straftaten vorübergehend fest. Das Ermittlungskomitee leitete Strafverfahren wegen Massenunruhen und Überfällen auf Amtsträger ein.

Limbourg ging „im Augenblick davon aus, dass unsere Korrespondenten wie in der Vergangenheit ihre Arbeit machen können“. Die Lage der Pressefreiheit wertete er generell kritisch. „Die großen Medien in Russland berichten nahezu ausschließlich im Sinne der Regierung, während es für Plattformen mit anderer Meinung immer stärkere Einschränkungen

gibt“, sagte Limbourg. „Da kann man nicht mehr von Pressefreiheit sprechen.“

„Moskau, geh raus!“

Zuvor war berichtet worden, dass die Deutsche Welle auf ihrem russischen Twitter-Account hinsichtlich der jüngsten Proteste der Opposition „Moskau, geh raus!“ schrieb.

Es kann ja wohl sein, dass der Sender nur die Worte der Demonstranten erläutert, darauf gibt es jedoch keinerlei Hinweis.

„Ich denke, das ist ein phänomenaler Patzer für die westlichen Medien und Journalisten, wenn die Deutsche Welle solche Aufrufe auf Russisch veröffentlicht wie ‚Moskauer, gehen Sie raus!‘“, kritisierte am Sonntag die Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa, die „antijournalistische“ Berichterstattung der „Deutschen Welle“. Moskau werde gezwungen sein, Deutschland über seine Bedenken sowie geplanten Maßnahmen in dieser Situation in Kenntnis zu setzen. „Denn es handelt sich um einen Sender, der staatlich finanziert wird.“ Zuvor hatte am Samstag im Zentrum von Moskau eine nicht genehmigte Demonstration stattgefunden. Laut Polizeiangaben wurden dabei rund 600 Personen wegen verschiedener Straftaten festgenommen. In diesem Zusammenhang wandten sich mehrere Mitglieder der deutsch-russischen Parlamentariergruppe im Bundestag in einem Brief an ihre russischen Kollegen, konkret an den Chef des russischen Parlaments, Wjatscheslaw Wolodin, und kritisierten Moskaus Vorgehen vor der Kommunalwahl bzw. die Festnahmen während der illegalen Kundgebungen.

Die Moskauer werden am 8. September ein neues Stadtparlament wählen. Oberbürgermeister Sergej Sobjanin hatte zuvor vor Versuchen gewarnt, Unruhen zu stiften. Er versicherte, dass die Behörden im Rahmen des Gesetzes handeln würden, um die Ordnung sicherzustellen.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 8. August 3:00 Uhr bis 9. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 9. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Dolomitnoje), Jasinowataja, Kaschtanowoje, Alexandrowka, Kominternowo, Leninskoje, Sachanka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, geriet ein Gebiet, in dem Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten in der Nähe des Marktes „Gospodar“ durchgeführt wurden, unter Beschuss.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 10.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 34.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: USA geben „Abfangen“ von russischen Langstreckenbomben über Pazifik bekannt – Moskau kontert

Zwei Langstreckenbomber Tu-95MS der russischen Luftstreitkräfte haben im Rahmen des Militärmanövers „Ozean-Schild 2019“ einen Flug über dem neutralen Gewässer des

Beringmeeres im Fernen Osten unternommen. Dies geht aus einer Mitteilung des russischen Verteidigungsministeriums hervor.

Der Flug fand am Donnerstag statt und dauerte mehr als zehn Stunden. Auf einzelnen Strecken wurden die Maschinen demnach von US-Jagdflugzeugen F-22 und F-18 begleitet. Die russischen Langstrecken-Kampfflugzeuge würden regelmäßig über dem neutralen Gewässer der Arktis, des Atlantiks, des Pazifiks sowie des Schwarzen Meeres fliegen, heißt es in der Mitteilung.

„Alle Flüge erfolgen unter strenger Einhaltung der international gültigen Regeln der Luftraumnutzung, ohne die Staatsgrenzen anderer Länder zu verletzen“, hieß es weiter. Zuvor hatte das Nordamerikanische Luft- und Weltraum-Verteidigungskommando (NORAD) das „Abfangen“ von russischen strategischen „Bären-Bombern“ vor der Küste Alaskas bekanntgegeben.

Dabei hätten sich vier US-Jäger, ein Frühwarnflugzeug, ein Militärtransportflugzeug und ein Tankflugzeug in der Luft befunden.

Die russischen Flugzeuge seien dabei im internationalen Luftraum geblieben.

Das operative Manöver „Ozean-Schild 2019“ findet im Zeitraum vom 1. bis 9. August vor allem auf der Ostsee statt. Im Einsatz sind 10.634 Menschen, 49 Schiffe und Kampfboote, 20 Versorger sowie 58 Fluggeräte der Kriegsmarine und Weltraum- und Luftstreitkräfte, darunter auch U-Boot-Bekämpfungs-Flugzeuge und -Hubschrauber der russischen Pazifik-Flotte.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32349/40/323494025.jpg>

de.sputniknews.com: **Berater von US-Botschaft ins russische Außenministerium einbestellt**

Der Berater der amerikanischen Botschaft Tim Richardson ist am Freitag ins russische Außenministerium einbestellt worden. Ihm wurden Darlegungen zu einer Publikation über eine nicht genehmigte Protestaktion in Moskau gemacht.

Auf der offiziellen Webseite des russischen Außenministeriums heißt es, dass Richardson Darlegungen zu der Veröffentlichung der Informationen über eine nicht genehmigte Aktion in Moskau am 3. August gemacht wurden. Diese wurden im Twitter-Account der amerikanischen Behörde und auf der offiziellen Webseite der US-Botschaft veröffentlicht. Russlands Außenministerium betrachtet diese Publikation als „Agitation zugunsten der Teilnahme an der nicht genehmigten Aktion“ und einen „Versuch einer Eimischung in innere Angelegenheiten Russlands“.

Zuvor hatte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, mitgeteilt, dass die Route der von Behörden nicht genehmigten Kundgebung geradezu minutenweise beschrieben worden sei und die amerikanische Botschaft die Aktion tatkräftig kommentiert hätte. Darüber hinaus sagte sie damals, deutsche Journalisten hätten offen zur Teilnahme an der Aktion aufgerufen.

In Moskau hatten am 14. Juli, 27. Juli und 3. August nicht genehmigte Demonstrationen stattgefunden. Insgesamt wurden laut Behörden etwa 1700 Menschen wegen Störung des öffentlichen Friedens festgenommen.

nachmittags:

dnr-online.ru: In der Republik starb ein Soldat, der einen Durchbruch einer ukrainischen Diversions- und Erkundungsgruppe verhinderte, heldenhaft

Am Abend des 8. August versuchte eine Diversions- und Erkundungsgruppe der BFU die Verteidigungslinie der Volksmiliz der DVR zu durchbrechen.

Der Versuch die Abgrenzungslinie zu überschreiten wurde um 23:03 Uhr auf den Positionen „Rasswet“ im Dorf **Sosnowskoje im Nowoasowskij-Bezirk** festgestellt. Infolge des Einsatzes von Schusswaffen durch die ukrainische Seite wurde ein Verteidiger der Grenzen der DVR schwer verletzt. Nach kurzer Zeit starb der Soldat an einer durchgehenden Schusswunde im Bereich der Leber.

Dieser Fall ist eine offensichtliche und weitere Verletzung der Minsker Vereinbarungen. Wir erinnern daran, dass in den letzten 24 Stunden die Gesamtzahl der Verstöße von Seiten der BFU 9 betrug, von Seiten der BFU wurden Gorlowka, Jasinwataja, Kaschtanowoje, Alexandrowka, Kominternowo, Leninskoje und Sachanka beschossen, teilt die Volksmiliz der DVR mit.

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Die ukrainischen Besatzer haben wieder einen provokativen Beschuss unserer Republik durchgeführt.

Heute zwischen 8:00 und 8:30 Uhr haben Einheiten der 36. Brigade unsere Positionen im Gebiet von **Kominternowo** mit Schusswaffen und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Unsere Einheiten sind auf die Provokation nicht eingegangen und haben das Feuer nicht erwidert.

Mit Trauer teilen wir mit, dass infolge hinterhältigen Beschusses von der ukrainischen Seite **ein Soldat unserer Republik starb, der Aufgaben zur technischen Ausrüstung unserer Positionen erledigte**. Zum Zeitpunkt des Beginns des Beschusses befand er sich ohne Waffen auf der Brustwehr des Schützengrabens, nur mit einer Schaufel, und es gelang ihm nicht, sich in Schutz zu bringen.

Das ist **schon das fünfte Opfer unter unseren Verteidigern seit Beginn des Waffenstillstands**.

Wie viele Verteidiger unserer Republik sollen noch sterben, damit sich die internationalen Beobachter endlich einmischen und von der ukrainischen Seite die Einhaltung des geltenden Waffenstillstands erreichen?

Solche Handlungen der ukrainischen Besatzer demonstrieren deutlich, dass die Ukraine absolut nicht an einer friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass interessiert ist.

Unsere Geduld ist nicht grenzenlos! Für uns wird es immer schwerer, eine adäquate Erwidern zurückzuhalten!

Falls es in der nächsten Zeit keine realen Handlungen zur Aufrechterhaltung von Frieden von Seiten der ukrainischen Besatzer und der internationalen Organisationen gibt, wird unsere vollständig symmetrische Erwidern nicht auf sich warten lassen.

Wir brauchen niemandes Blut, aber wir haben nicht die Absicht, das Geschehen widerspruchslos zu ertragen!

de.sputniknews.com: Gegen US-Sanktionen: Venezuela richtet Protestbrief mit Millionen Unterschriften an Uno

Venezuela wird laut Präsident Nicolas Maduro einen Protestbrief gegen die US-Sanktionen an die Vereinten Nationen richten. Der Brief soll von Millionen venezolanischen Bürgern unterschrieben werden.

„Dies ist ein Manifest mit Unterschriften von Millionen Venezolanern, das wir an die Uno, an den UN-Generalsekretär Antonio Guterres schicken werden“, sagte Maduro.

Er forderte die Bürger erneut auf, an den Demos gegen die aggressive Politik der Vereinigten Staaten teilzunehmen, die am Samstag in Venezuela abgehalten werden sollen.

„Schließt euch an! Venezuela hat das Recht auf Zukunft, auf Respekt für seine Selbstbestimmung“, äußerte er. Die Venezolaner müssten ihre Probleme selbständig lösen, niemand dürfe sich einmischen, am allerwenigsten US-Präsident Donald Trump, betonte Maduro.

Anfang dieser Woche hatte US-Präsident Donald Trump Aktiva der venezolanischen Behörden in den USA per Erlass gesperrt. Betroffen sind unter anderem die venezolanische Notenbank und der staatlich geführte Ölkonzern PDVSA. Zudem könnte für Ausländer, die die sanktionierten Personen einschließlich der ranghohen venezolanischen Beamten unterstützen oder mit Waren oder Dienstleistungen versorgen, die Einreise in die USA eingeschränkt werden.

Am Mittwoch rief Maduro Menschen weltweit dazu auf, am 10. August auf die Straße zu gehen und gegen die Blockade Venezuelas durch die USA ihre Stimme zu erheben. Er selbst werde auch Teil einer solchen Protestaktion sein.

Dnr-online.ru: Im Vorfeld des Tages des Bauarbeiters sprach der Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft der DVR Sergej Naumez gegenüber Journalisten über den Bau neuer Häuser in der Republik.

„Zurzeit läuft der Bau neuer Häuser in der Republik aufgrund der begrenzten Finanzierung nicht so intensiv wie 2015-2017. In diesem Jahr werden in Stepanowka und Marinowka im Bezirk Schachtorjorsk mit Mitteln der IKRK 10 private Häuser anstelle von völlig zerstörten gebaut. Ende Mai wurden zehn weitere solcher Häuser an ihre Inhaber übergeben – an Familien mit Kindern im Vorschul- und Schulalter im Dorf Nikischino“, sagte Sergej Naumez.

Außerdem gibt es in der Republik einige Hundert Objekte, die nie fertiggebaut wurden – Wohnhäuser, Geschäfts, Büros usw.

„Die nicht fertiggestellten Gebäude können in zwei Kategorien eingeteilt werden: staatliche und private. Die öffentlich finanzierten Bauten können theoretisch aus einer Hand in eine andere gegeben werden, aber die privaten halten wir für nicht antastbar, sie sind von der Verfassung der DVR geschützt. Und wenn sich ein privater Bauherr außerhalb der Republik befindet, sein Objekt verlassen ist, nicht bewacht ist, so können wir hier keinerlei Maßnahmen ergreifen, auch nicht das Objekt zum Abschluss der Bauarbeiten an eine andere Person (z.B. den Staat) übergeben. Ein Entwurf für eine Regelung zur Konservierung von nicht fertig gebauten Objekten sah die Übergabe nicht abgeschlossener Bauobjekte an die Städte vor. Aber dafür müssen Gelder aus dem Staatshaushalt vorgesehen werden. Bisher sind zum diesem Zweck keine Gelder vorgesehen, weil es keine normative Basis gibt“, endete der Minister.

Dnr-online.ru: Heute, am 9. August, fand eine Pressekonferenz der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR Darja Morosowa statt, bei der weitere Fälle dargestellt wurden, in denen von Mitarbeitern des SBU versucht wurde, physischen und psychischen Druck auf Einwohner des Donbass auszuüben, um sie zur Spionage im Interesse der Ukraine zu bewegen. An der Pressekonferenz nahmen auch die Soldaten der Volksmiliz der DVR Stanislaw Belitsch, Alexandr Gajduk, Michaeil Konoplin, Iraklij Parzwanija sowie der

Mitarbeiter des Makejewker Metallwerks Andrej Bondarew teil.

„In der letzten Zeit haben Vorfälle im Zusammenhang mit rechtswidrigen Handlungen von Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes der Ukraine gegenüber Zivilisten und Soldaten der DVR zugenommen. Durch den Einsatz gesetzwidriger Methoden physischer und psychischer Einwirkung, u. a. der Bedrohung von Leben, Gesundheit und Freiheit von Verwandten, versuchen Vertreter ukrainischer Spezialdienste unsere Bürger zur Zusammenarbeit und Spionage zum Nutzen der Ukraine zu zwingen“, sagte Darja Morosowa.

Als Beispiele wurden konkrete Fälle solcher Geschehnisse genannt:

Andrej Sergejewitsch Bondarew, geb. 1981, aus Makejewka stammend, Zivilist, nach der Rückkehr vom Territorium der Ukraine, wo er seine Mutter besuchte, wurde er am 20.06.19 unter dem Verdacht der Mitgliedschaft in der Miliz auf Seiten der DVR festgenommen. Ein Mitarbeiter des SBU zwang Bondarew durch physische Maßnahmen dazu, eine ihn diskreditierende schriftliche Erklärung abzugeben, danach wurde er freigelassen. Am 3. Juli 2019 versuchten Mitarbeiter des SBU durch Erpressung mit den genannten Materialien Bondarew zur Zusammenarbeit zu bringen.

Stanislaw Dmitrewitsch Belitsch, geb. 1996, aus Makejewka stammend, Soldat, erhielt unter Berücksichtigung des Wohnorts seiner Eltern auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium in den sozialen Netzwerken einen Vorschlag zur Zusammenarbeit mit dem SBU.

Alexandr Wadimowitsch Gajduk, geb. 1990, aus Krasnyj Liman, stammend, Soldat, teilte mit, dass während eines Gesprächs mit seiner Mutter, die auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium lebt, diese mitteilte, dass von Mitarbeitern des SBU auf sie Druck ausgeübt werde, damit sie daran mitwirke, dass ihr Sohn gegen Amnestie und materielle Vorteile auf die Seite der Ukraine übergehe.

Michail Sergejewitsch Konoplin, geb. 1991, aus Otschakow stammend, Soldat, seit Mai 2019 besuchten Mitarbeiter des SBU regelmäßig den Arbeitsplatz seines Vaters, der auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium lebt, und fordern von letzterem, auf den Sohn Einfluss auszuüben, um ihn zur Spionage zugunsten der Ukraine zu bewegen.

Irakli Gijglajewitsch Parzwanija, geb. 1988, aus Suchumi stammend, Soldat, durch Schriftwechsel in sozialen Netzwerken haben Mitarbeiter des SBU ihn nachdrücklich versucht dazu zu bewegen, auf die Seite der Ukraine überzugehen, indem sie ihn damit erpressten, dass eine Schwester auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium lebt.

„Während sie über die Prinzipien von Demokratie und Gesetzlichkeit redet, verletzt die ukrainische Regierung weiter grob die Rechte und Freiheiten der Einwohner des Donbass. Es handelt sich um Diversions- und Terroraktivität, gewaltsame Entführung von Menschen, Haft in geheimen Gefängnissen, Anwendung von Methoden physischer und psychischer Einwirkung um die notwendigen Informationen zu erhalten sowie Heranziehung zur Zusammenarbeit und vieles mehr. Die genannten Handlungen der ukrainischen Seite sind empörend und befördern nicht die friedliche Regelung des Konflikts, sondern führen zur Eskalation.

Im Zusammenhang mit der Gefahr für Leben und Gesundheit der Verwandten der anwesenden Personen, habe ich Schreiben an die internationalen Organisationen IKRK, OSZE und UNO geschickt, mit der Bitte, die vorgebrachten Fakten rechtswidriger Handlungen von Mitarbeitern des SBU zu registrieren und die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um Angriffe auf Rechte und Freiheiten von Bürgern zu verhindern. Ich rufe die Weltgemeinschaft auf, alle zugänglichen Mittel des Einflusses auf die Führung der Ukraine zu nutzen, um sie zu zwingen von solchen rechtswidrigen Praktiken Abstand zu nehmen und den notwendigen Schutz und die genaue Einhaltung der Rechte und Freiheiten der Einwohner des Donbass zu gewährleisten“, erklärte Morosowa.

Dan-news.info: **Pressekonferenz der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der DVR**
Darja Morosowa

Derzeit ist bestätigt, dass auf der ukrainischen Seite 102 unserer Bürger festgehalten werden, Kiew bestätigt, dass sie auf der Liste für den Austausch stehen.

Die DVR ihrerseits hat ihre Bereitschaft erklärt, Kiew 50 Gefangene zu übergeben. Donezk ist zu einer zweiten Etappe des Austausches vollständig bereit.

Auch der im Juni 2019 entführte ehemalige Angehörige der Miliz der DVR Wladimir Zemach steht auf der Austauschliste.

Kiew behindert weiterhin die Überführung der in der Ukraine festgehaltenen Donezkerin Julija Prosolowa in ein Charkower Gefängnis.

„Ihre Zustimmung zur Überführung in ein anderes Gefängnis hat Prosolowa persönlich in Anwesenheit des Koordinators der humanitären Untergruppe von der OSZE Toni Frisch geschrieben. Dann hat Frisch eines der Dokumentenpakete dem Leiter des Gefängnisses übergeben, wo sie ihre Freiheitsstrafe ableistet, das zweite übergab er dem Justizministerium der Ukraine. Derzeit gibt es keinerlei Bewegung von Seiten der Ukraine“, sagte Morosoa. Julija Prosolowa wird der Sprengung des Fahrzeugs des Oberst des SBU Alexandr Charaberjusch am 31. März 2017 im Zentrum von Mariupol beschuldigt. Die junge Frau wurde vom SBU im Herbst 2017 festgenommen. Sie wurde zu 12 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Sie selbst hat ihre Schuld nie zugegeben. Sie wird derzeit in der Westukraine festgehalten, wo ihre Mutter sie aus Gesundheitsgründen nicht besuchen kann.

de.sputniknews.com: **Bei US-Entwicklung und -Stationierung von Kurz- und Mittelstreckraketen – Moskau verspricht Antwort**

Moskau wird das US-Vorgehen zur Entwicklung und Stationierung von Mittel- und Kurzstreckenraketen beobachten. Im Fall der Umsetzung solcher Handlungen verspricht Russland entsprechende Maßnahmen zur Gewährleistung seiner Sicherheit. Dies erklärte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.

„Wie von Russlands Präsident (Wladimir Putin) am 5. August angeordnet, wird das Außenministerium zusammen mit anderen Behörden sehr aufmerksam das US-Vorgehen zur Entwicklung, Herstellung und Stationierung von landgestützten Mittel- und Kurzstreckraketen beobachten“, sagte Sacharowa bei dem heutigen Briefing.

Sie betonte dabei, dass Russland im Fall solcher US-Handlungen umfassende Maßnahmen zur Gewährleistung seiner eigenen Sicherheit ergreifen werde.

Sacharowa verwies auf die vom russischen Präsidenten, Wladimir Putin, verkündete einseitige Verpflichtung, die Raketen, die das Vertragsobjekt (INF) waren, in keiner Region der Welt zu stationieren, sofern die USA dies nicht zu tun beginnen.

„Wir rufen Washington sowie seine Verbündeten dazu auf, ihre Verantwortung zu zeigen und sich diesem Moratorium anzuschließen, was Vorhersagbarkeit in politischen Angelegenheiten bringen würde“, betonte sie.

Zuvor hatte der russische Vizeaußenminister, Sergej Rjabkow, erklärt, dass Russland den USA und anderen Nato-Ländern vorgeschlagen habe, ein Moratorium auf die Stationierung von Raketensystemen mittlerer und kürzerer Reichweite auszurufen.

Am 2. August 2019 läuft der amerikanisch-russische Vertrag über das Verbot von Mittelstreckenraketen (Intermediate-Range Nuclear Forces, INF) aus.

Der INF-Vertrag war am 8. Dezember 1987 von den damaligen Staatschefs der UdSSR und der USA, Michail Gorbatschow und Ronald Reagan, unterzeichnet worden. Darin verpflichteten sich beide Staaten, sämtliche Raketen mittlerer (1000 bis 5500 Kilometer) und kürzerer (500 bis 1000 Kilometer) Reichweite zu vernichten und keine neuen mehr zu produzieren.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32558/99/325589914.jpg>

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 03. bis 09. August 2019

Seit dem Inkrafttreten des Waffenstillstands ab 00:00 Uhr am 21. Juli **hat der Feind ihn 85-mal verletzt**. In 52 Fällen setzte er Schusswaffen ein, in 32 Fällen Granatwerfer verschiedener Art, in 13 Fällen Mörser der Kaliber 120 und 82mm. Insgesamt wurden in dem genannten Zeitraum **134 Granaten verschiedener Art und 41 Mörsergeschosse der Kaliber 120 und 82mm** auf das Territorium unserer Republik abgefeuert. Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **starb ein Zivilist, es wurden 12 Objekte der zivilen Infrastruktur beschädigt, es starben zwei unserer Verteidiger sechs wurden unterschiedlich schwer verletzt**.

Durch feindlichehn Beschuss von 8:00 bis 8:30 auf Kominternowo starb ein Verteidiger unserer Republik an einer Schussverletzung.

Außerdem wurde bekannt, dass heute einer unserer Verteidiger im Krankenhaus an einer gestern im Gebiet von Sosnowskoje erlittenen Verletzung starb.

Wir bringen den Verwandten und Freunden der Toten gegenüber unser Mitgefühl zum Ausdruck. Wir trauern zusammen mit Ihnen.

Die weiteren Fälle von Verletzungen des geltenden Waffenstillstands durch die ukrainischen Besatzer zeugen nur von einem – sie wollen einen blutigen Kampf!

Wir gehen nicht auf die Provokationen ein und verletzen die geltenden Vereinbarungen nicht!

Die ukrainische Seite verletzt nicht nur den Waffenstillstand, sondern zieht auch die offiziellen Berichte der internationalen Beobachter völlig in Zweifel. Mehr noch, **die ukrainischen Propagandisten beschuldigen die OSZE-Mission der Lüge**.

Nach der Bestätigung des Beschusses aus Richtung der Positionen der ukrainischen Streitkräfte auf eine Schule und Wohnhäuser in Gorlowka durch einen offiziellen Bericht der Mission versuchte die ukrainische Seite des GZKK ihre Beteiligung an diesem Sachverhalt lautstark zu dementieren.

Aber die Fakten zeugen von etwas ganz anderem – die Ukraine tut weiter alles, um den Waffenstillstand zu sabotieren.

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer neunmal das Regime der Feueereinstellung verletzt.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer der 30. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Garas **Dolomitnoje** mit Handgranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben die Kämpfer der 24. und der 92. Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Guds und Kokorew **Alexandrowka, Kaschtanowoje und Jasinowataja** mit einem Mörser des Kalibers 82mm, verschiedenen Arten von Granatwerfern, großkalibrigen

Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer aus der 36. Brigade unter Kommando von Gnatow den Beschuss von **Kominternowo, Leninskoje** und **Sachanka** mit Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen fortgesetzt. Insgesamt haben die BFU **in der letzten Woche** seit dem 3. August das Feuer auf Wohngebiete und kommunale Infrastrukturobjekte der Republik verstärkt und, es wurden **31 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** begangen, auch mit verbotenen Arten von Waffen.

Die ukrainischen Strafruppen haben 23 82mm-Mörsergeschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.

Der Beschuss von Ortschaften der Republik von Seiten der Ukraine demonstriert offen das Verhältnis der politischen und militärischen Führung zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen.

Alle Informationen wurden mit Fotos und Videomaterial an Vertreter internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden sowie an die Generalstaatsanwaltschaft zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die Kriegsverbrecher Garas, Poljakow, Iwanow, Gnatow, Palas, Guds und Kokorjew übergeben.

Das Kommando der BFU führt die Politik des Ignorierens der Minsker Vereinbarungen fort, in deren Verletzung stationiert es schwere Waffen in der Nähe der Kontaktlinie und von sozialen Objekten. Gemäß den Anweisungen des Kommandos der OOS setzen Einheiten der elektronischen Kriegführung die **Funkunterdrückung der Leitungskanäle der Drohnen der OSZE-Mission** fort, um Fälle von Stationierung verbotener Militärtechnik zu verheimlichen. In der letzten Woche haben wir zahlreiche Fälle von Aktivität mobiler Gruppen der elektronischen Kriegführung aus dem 305. und dem 20. Bataillon für elektronische Kriegführung der ukrainischen Streitkräfte bemerkt. Die Arbeit erfolgt vornehmlich in Richtung Donezk und Mariupol, wo Beobachter der OSZE-Mission in den Gebieten von Stepanowka, Bogdanowka und Awdejewka gezwungen waren, die Arbeit mit Drohnen wegen der Gefahr des Verlustes einzustellen. Außer der Unterdrückung von Leitungssignalen der Drohnen haben die ukrainischen Verbrecher auch **eine Drohne der OSZE-Mission im Gebiet von Awdejewka beschossen** und dabei 75 Salven mit Schusswaffen auf das Gerät abgefeuert, es ist bemerkenswert, dass der Beschuss aus dem Zentrum der Ortschaft erfolgte.

Unsere Aufklärung hat Informationen über die **Beendigung der Rotation der Einheiten der BFU in der Besatzungszone im Zusammenhang mit der Verschärfung der Lage in Richtung Maripuol** erhalten. Dabei betreffen die Änderungen nicht nur die Einheiten, den Süden der Donezker Oblast besetzten, sondern als Besatzungskräfte.

So wurde die für die nächsten Tage geplante Rotation der 30. Brigade gegen die 59. Panzergrenadierbrigade um mindestens einen Monat verschoben. Die Verschiebung der Rotation hängt mit der niedrigen Personalausstattung der 59. Panzergrenadierbrigade zusammen.

Es ist wichtig anzumerken, dass auch das 23. Panzerbataillon der Luftsturmtruppen sich auf die Verlegung in die OOS-Zone vorbereitete, aber nach einer Kontrolle durch den Leiter des Generalstabs Chomtschak wurde eine Reihe grober Verstöße festgestellt, die es nicht erlauben die Panzersoldaten ihrer Bestimmung gemäß einzusetzen.

Neben den Standarddefiziten wie nicht gewartete und defekte Technik, Fehlen von Ersatzteilen, Geräten und Zubehör und ähnliches, kam nur noch eine, aber sehr wichtige Sache hinzu: von 22 Panzerfahrern, die angegeben waren, konnten nur vier einen Panzer fahren.

Mehr noch, auf 30% der Stellen für Fahrer und Kommandeure von Panzer waren Soldatinnen, die zur Verwendung des Leiters des Generalstabs allesamt Ehemänner im Stab der Luftsturmtruppen haben und den Dienst am gleichen Ort mit diesen im Kommando der

Luftsturmtruppen in Shitomir leisten und kein einziges Mal im Bataillon erschienen. Es ist bemerkenswert, dass der Besuch von Chomtschak in der Panzereinheit außerplanmäßig und unerwartet war, deshalb wartete der Leiter des Generalstabs 1,5 Stunden auf den Bataillonskommandeur Major Ju. S. Judin, der verschlief und zu spät zum Dienst kam. Es ist wichtig anzumerken, dass die Einheiten der Marinestreitkräfte der Ukraine und namentlich die 25. und die 36. Marineinfanteriebrigade und die 406. Artilleriebrigade, die sich darauf vorbereitet haben, uns in Richtung Mariupol anzugreifen, derzeit zu nicht mehr als 62% mit Personal ausgestattet sind, dabei besteht diese hohe Personalausstattung nur aufgrund der einfachen Soldaten und des Unteroffizierpersonals. Die Offiziersstellen sind nur zu 43% besetzt, wobei die Kategorien Bataillons(Abteilungs)kommandeure und Kompanie(Batterie)chefs nur zu 20% besetzt sind.

Infolge der bestehenden Umstände, wonach alle Einheiten dieser Verbände gleichzeitig zur Erfüllung von Kampfaufgaben herangezogen werden, unternimmt das Kommando der Marinestreitkräfte außerordentliche Maßnahmen zur Besetzung von Offiziersstellen. Es geht so weit, dass in der 36. Brigade ein Offizier einer der Truppenteile des Schiffes „Getman Sagajdatschnyj“, der das Marineinstitut in Odessa abgeschlossen hat und immer nur auf Schiffen gedient hat, zum Kompaniechef ernannt wurde.

Außerdem werden zur Vervollständigung der Truppenteile in der OOS-Zone zurzeit Reservisten ausgebildet, die Militärübungen im 184. Ausbildungszentrum in Staritschi durchlaufen und dann in die Besatzungszone geschickt werden. In das Ausbildungszentrum wurden bereits operative Gruppen aus der 36. und der 35. Brigade geschickt, um Reservisten für den Dienst in der Marineinfanterie der Ukraine auszuwählen. Nach unseren Informationen haben diese „Werber“ die Aufgabe, in erster Linie eine „Zahl“ von Kämpfern für den Dienst zu erreichen und nicht auf ihre „Qualität“ im moralisch-psychischem Bereich zu achten. In jedem Fall werden nach der Entscheidung des Generalstabs der Ukraine mindestens 70% der Reservisten, die zu den Übungen in Staritschi einberufen werden, in die Besatzungszone geschickt werden.

Außerdem enden derzeit auf der Basis des 233. Übungsplatzes „Rowenskij“ und des truppenartenübergreifenden Zentrums zur Ausbildung von Raketen- und Artillerietruppen Ausbildungskurse für Artilleristen. Es ist wichtig anzumerken, dass die Ausbildung von Instruktoren der kanadischen Streitkräfte durchgeführt wird. Nach Abschluss der Kurse werden die Artilleristen, die von NATO-Instrukteuren zum Töten von friedlichen Einwohnern des Donbass ausgebildet wurden, auch zum Dienst in Artillerieeinheiten in der Besatzungszone geschickt werden.

Das Kommando der 35. Marineinfanteriebrigade sollte, statt verstärkt Listen für Auszeichnungen zum Unabhängigkeitstag der Ukraine zu erstellen, über den allgemeinen Diebstahl in der Brigade bestürzt sein.

So wurden nach uns vorliegenden Informationen heute Morgen in Ugledar von drei dem Kommando unbekannt, uns jedoch bekannten, Kämpfern des 137. Bataillons zwei Monokulare des Typs AN/PVS-14, die der Brigade im März als Unterstützung aus den USA geliefert wurden, verkauft.

Das interessanteste ist, dass dieses Nachtsichtgerät, das ohne Genehmigung der amerikanischen Regierung nicht verkauft und aus den USA ausgeführt werden darf, das 8000 Dollar pro Stück kostet, von den ukrainischen Kämpfern für 1000 Griwna das Stück verkauft wurde.

Nach uns vorliegenden Informationen wurde im Bericht von der Front an den Brigadestab angegeben, dass diese Monokulare am Abend des 7. August während eines nicht existenten Beschusses von unserer Seite vernichtet wurden. Um die Glaubwürdigkeit zu steigern, haben die ukrainischen Kämpfer sogar eine Granate im Schützengraben auf einem leeren Kasten für diese Ausrüstung detoniert.

Ab dem 15. August wird in der 57., 17., 25. Brigade sowie im 107. Artillerieregiment und

auf der 222. zentralen Artilleriebasis eine Kommission des Kommandos der BFU unter Beteiligung amerikanischer Spezialisten arbeiten, um das Vorhanden sein der von den USA gelieferten Nachtsichtgeräte zu kontrollieren.

Zurzeit haben die Kontrolleure bereits die Besatzungszone bearbeitet, wo in der 30. Brigade ein Fehlbestand von vier Nachtsichtgeräten GPNVG-18 entdeckt wurde, die 2018 in die Aufklärungseinheiten des Verbandes geliefert wurden. Der Preis eines solchen Geräts fängt bei 40.000 Dollar an – mehr als eine Million Griwna. Das Kommando der Brigade rechtfertigt derzeit den Fehlbestand mit der Vernichtung der Ausrüstung bei Kämpfen und Beschuss von unserer Seite, aber nach uns vorliegenden Informationen glaubten die anwesenden amerikanischen Spezialisten diese Geschichte nicht und haben ihrer Führung in Washington bereits von dem Verschwinden berichtet.

In der letzten Woche wurden mit dem Personal der Einheiten der Volksmiliz Übungen und Trainings zur Erhöhung des Niveaus der professionellen Fertigkeiten und Kenntnisse durchgeführt sowie Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Kampffähigkeit.

Es fanden Kontrollübungen mit Panzer- und Schützenpanzermansschaften statt.

Im Rahmen der Leistung von Hilfe für sozial ungeschützte Schichten der Bevölkerung wurde gemeinsam mit gesellschaftlichen karitativen Organisationen Unterstützung geleistet, es wurde Sportinventar an soziale Einrichtungen übergeben, Kinderspielplätze eingerichtet, der Besuch von Kindern von Soldaten der Volksmiliz bei Freizeitveranstaltungen in Donezk organisiert.

Mil-Inr.info: **Pressekonferenz des Leiters des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann Ja. A. Osadtschij über Situation an der Kontaktlinie vom 3. bis 9. August 2019**

Guten Tag!

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und über die Ergebnisse der Tätigkeit der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

In der letzten Woche haben die bewaffneten Formationen der Ukraine elfmal das Regime der Feueereinstellung verletzt. Dabei hat der Gegner von den Minsker Vereinbarungen verbotene Mörser des Kalibers 120mm, Granatwerfer, großkalibrige und Schusswaffen eingesetzt.

Insgesamt wurden die Gebiete von **sieben Ortschaften der LVR beschossen.**

Infolge des verbrecherischen Beschusses von Nishneje Losowoje **starb ein Soldat der Volksmiliz der LVR** aus seinem Kampfposten.

Bei der Untersuchung der Leiche wurde neben Splitterverletzungen auch eine tödliche Schussverletzung festgestellt, was einen zielgerichteten Mord an unserem Genossen durch einen Scharfschützen und Deckung von Granatfeuer bedeutet.

Der Gegner nutzt weiter den Waffenstillstand zur Konzentration und Umgruppierung von Kräften und Mitteln sowie von schweren Waffen in der Zone der Strafoperation.

In der letzten Woche hat unsere Aufklärung die Verstärkung der Gruppierung des Gegners durch zwei Raketenartilleriebatterien, eine Haubitzenbatterie und eine Panzerkompanie bemerkt, die mit der Eisenbahn an der Station Rubeshnoje eintrafen.

Die Verbrecher der BFU stationieren weiter Waffen und Militärtechnik auf dem Territorium von Objekten der zivilen Infrastruktur und gefährden so das Leben und die Gesundheit friedlicher Bürger.

Nach Informationen unserer Aufklärung hat der Gegner in Wohngebieten von Smoljanowo drei Mehrfachraketenwerfer „Grad“ stationiert.

Außerdem wurden im Gebiet von Podlesnoje acht Schützenpanzer bemerkt, die in einem Wohngebiet konzentriert sind.

Weitere fünf Schützenpanzer wurden vom Gegner auf dem Gebiet eines Wohnhauses bei Solotoje-2 stationiert.

Um die Entdeckung von Technik der ukrainischen Streitkräfte, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen stationiert ist, zu verhindern, nutzen die ukrainischen Verbrecher weitere Komplexe der elektronischen Kriegführung, um die Leitungskanäle von OSZE-Drohnen, die Flüge über dem von den BFU besetzten Territorium durchführen, zu unterdrücken.

Fälle von Stationierung von Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in Ortschaften werden auf von den offiziellen Berichten der OSZE-Mission bestätigt.

Ukrainische Militärtechnik und Waffen, die in Verletzung der Minsker Vereinbarungen in der Nähe der Kontaktlinie stationiert sind, kommen auch regelmäßig in den offiziellen OSZE-Berichten zum Ausdruck.

In der letzten Woche wurden außerhalb der Lagerorte festgestellt:

11 Mehrfachraketenwerfer Grad, 122mm

4 T-72-Panzer

8 T-80-Panzer

5 Raketenabwehrkomplexe 9K35 „Strela-10“

7 Haubitzen 2S3 „Akazija“ 152mm

16 Haubitzen 2S1 „Gwosdika“

6 Haubitzen D-30

1 Antipanzerraketenkomplex 9P148 „Konkurs“ 135mm

7 82mm-Mörser „Wasilek“

1 Raketenabwehrkomplex „Osa“

30 Schützenpanzer

2 Abwehrgeschütze 3U-23

2 Schützenpanzerwagen.

In der letzten Woche hat die ukrainische Seite in jeglicher Weise versucht, die Erfüllung ihres Teils der Vereinbarung über die Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an der Brücke über den Sewerskij-Donetsk zu verzögern, indem sie sich auf eine angebliche Gefahr für die Entminungsspezialisten bezog. Nach uns vorliegenden Informationen wurde festgestellt, dass die ukrainische Seite nicht die Absicht hat, Wiederaufbauarbeiten durchzuführen, weil die vom IKRK zugewiesenen Gelder für die Reparatur der Brücke von Beamten, die für die Arbeiten zuständig sind, hinterzogen wurden. Jetzt versuchen die ukrainischen Korruptionäre, um jedem Preis die Unmöglichkeit der Durchführung der Reparaturarbeiten zu rechtfertigen und beschuldigen dessen die Führung der Republik.

Spezialisten des Zivilschutzministeriums der LVR ihrerseits führen im Rahmen der Vereinbarungen der Kontaktgruppe vom 31. Juli 19 in Minsk seit dem 1. August 2019 breit angelegte Arbeiten zur Kontrolle und Entminung der Örtlichkeit am Abschnitt zur Trennung von Kräften und Mitteln Nr. 1 „Staniza Luganskaja“ im Gebiet der von den ukrainischen Streitkräften zerstörten Autobrücke über den Sewerskij Donetsk und im in der Nähe liegenden Gebiet des Passierpunkts durch.

In sieben Tagen Arbeit wurden 80 explosive Objekte gefunden und entschärft.

Die qualitativ hochwertigen Arbeiten der republikanischen Spezialisten und die Einhaltung des Waffenstillstands durch die Volksmiliz der LVR, was günstige Bedingungen für den Beginn der Wiederaufbauarbeiten schafft, wurden von den internationalen Beobachtern unterstrichen, die die Aussage der ukrainischen Seite über die Unmöglichkeit der Reparatur wegen des angeblichen Fehlens von Sicherheitsgarantien von unserer Seite dementierten.

Unter Berücksichtigung der verschiedenen Szenarien der Entwicklung der Situation an der Kontaktlinie unternehmen wir die notwendigen Maßnahmen zur Erhalt der territorialen Integrität der LVR und des Lebens unserer Bürger.

Zu diesem Zweck werden in den Einheiten und Truppenteilen der Volksmiliz der LVR komplexe Übungen durchgeführt. ...

Zum Abschluss will ich erklären, dass die strenge Einhaltung des Regimes der

Feuereinstellung ein untrennbarer Teil des Maßnahmekomplexes zur Gewährleistung von Schutz und Sicherheit unserer Republik ist. Unsere Bestrebungen zu einer friedlichen Regelung des Konflikts bleiben wie zuvor unverändert. Die Einheiten der Volksmiliz eröffnen das Feuer nicht, aber tun wachsam Dienst. Im Fall einer Gefahr oder einer Provokation von Seiten der ukrainischen Truppen sind wir zu einer adäquaten Antwort bereit.

de.sputniknews.com: **„Die Feldherrenpose nutzt sich ab“: SPD-Politiker widerspricht US-Drohung zum Truppenabzug**

Der US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, hat Deutschland wegen seiner Verteidigungsausgaben mit einem teilweisen Truppenabzug gedroht. Der SPD-Fraktionsgeschäftsführer Carsten Schneider widerspricht ihm mit scharfen Worten.

„Diese Äußerungen sind unter Verbündeten völlig unangemessen“, sagte er gegenüber dem „Spiegel“-Magazin mit Blick auf die entsprechenden Aussagen der US-Botschafter in Deutschland und Polen, Richard Grenell und Georgette Mosbacher. Deutschland lasse sich nicht erpressen, betonte Schneider.

Grenell hatte zuvor in einem DPA-Interview erklärt: „Es ist wirklich beleidigend zu erwarten, dass der US-Steuerzahler weiter mehr als 50.000 Amerikaner in Deutschland bezahlt, aber die Deutschen ihren Handelsüberschuss für heimische Zwecke verwenden.“

Die US-Botschafterin in Polen, Georgette Mosbacher, verkündete wiederum via Twitter, Polen erfülle seine Zahlungsverpflichtung von zwei BIP-Prozent gegenüber dem westlichen Militärbündnis, für Deutschland gelte das allerdings nicht.

„Wir würden es begrüßen, wenn die amerikanischen Truppen in Deutschland nach Polen kämen“, schrieb sie.

Nach einer deutlichen Erhöhung in den vergangenen Jahren beträgt der angestrebte Verteidigungsetat Deutschlands aktuell 1,36 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und liegt somit noch unter dem Nato-Ziel von zwei Prozent.

Dnr-online.ru: **Seit dem 12. August 2014 kommt regelmäßig humanitäre Hilfe aus der RF in die DVR.** In dem gesamten Zeitraum sind 85 humanitäre Konvois mit einer Gesamtladung von 43.000 Tonnen in die Republik gekommen, teilte das Zivilschutzministerium der DVR mit.

Die grundlegenden Waren, die als humanitäre Hilfe eintreffen, sind Lebensmittel, Kindernahrung, Medikamente und medizinische Gerätschaften, Baumaterial und Baugerätschaften, Saatgut und Dünger.

Die Verteilung der humanitären Hilfe erfolgt wöchentlich auf Sitzung der staatlichen Kommission. Deren Vorsitzender ist der Zivilschutzminister Generalleutnant Alexej Kostrubizkij. An den Sitzungen nehmen auch Vertreter von Ministerien und Behörden der DVR teil. Die Kontrolle über die zielführende Verwendung der humanitären Hilfe liegt beim Zivilschutzministerium der DVR.

Die Entladung und Lagerung der humanitären Lieferungen erfolgt in Lagern, die den sanitären und Brandschutznormen entsprechen. Die Einrichtungen sind mit Klimaanlage ausgestattet, so dass die Temperaturen nicht über 25 Grad im Sommer und nicht unter 20 Grad im Winter sind, die Luftfeuchtigkeit übersteigt 75% nicht.

Seit März 2016 ist Hilfe in Form von Kindernahrung in die Republik gelangt, die an Familien mit Kindern von 0 bis 3 Jahren ausgegeben wird. Die Entnahme der Pakete von den Lagern des Zivilschutzministeriums erfolgt durch Vertreter der örtlichen Verwaltungen. In den Städten und Bezirken der DVR wurden bei den Verwaltungen Ausgabestellen eingerichtet, wo die Ausgabe der Lebensmittelpakete für Kinder nach Empfängerlisten erfolgt. Im ganzen Zeitraum wurden 1.133.447 Pakete mit Kindernahrung ausgegeben.

Außerdem gehen in der DVR regelmäßig humanitäre Medikamente und medizinisches Material ein, die in den Lagern des Gesundheitsministeriums gelagert werden und in

medizinische Einrichtungen ausgegeben werden.

Es muss angemerkt werden, dass die RF einen erheblichen Beitrag in die Entwicklung und Entstehung der DVR eingebracht hat und unschätzbare Hilfe für die Einwohner des Donbass geleistet hat.

Dnr-online.ru: Am 8. August hat das republikanische Unternehmen „Regionale Energielieferungsgesellschaft“, die **letzte Etappe zur Wiederinbetriebnahme der Stromversorgung in Krutaja Balka, Jasinowataja-Bezirk, abgeschlossen.**

Die Ortschaft ist in der Folge von Kämpfen seit November 2016 ohne Strom. Die ukrainische Seite im GZKK hat regelmäßig Sicherheitsgarantien zur Wiederinbetriebnahme der Stromversorgung von Krutaja Balka verweigert.

Dank dem Nachdruck der Vertretung der DVR im GZKK und im Verhandlungsprozess ist es gelungen, die notwendigen Sicherheitsgarantien zu erreichen, und Reparaturbrigaden haben in einigen Etappen den Anschluss der Einwohner der Ortschaft an die Stromversorgung durchgeführt. Derzeit haben alle Einwohner der Ortschaft Strom.

Außerdem haben heute Reparaturbrigaden von „Woda Donbassa“ unter Beteiligung der Vertretung der DVR im GZKK die Reparaturarbeiten an einem Leck an der zweiten Wasserleitung mit einem Durchmesser von 900 mm im Gebiet des Marktes „Gospodar“ im Jasinowataja-Bezirk abgeschlossen. Diese waren bereits gestern begonnen worden, mussten aber wegen Beschuss von Seiten der BFU abgebrochen werden. Die Wasserversorgung von Wasiljewka und Werchnetorezkoje war zeitweilige unterbrochen. Seit heute 11:30 Uhr ist die Wasserversorgung der beiden Ortschaften wieder in Betrieb.

abends:

armiyadnr.su: **Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Der Feind unterlässt die Versuche nicht, den geltenden allumfassenden Waffenstillstand zum Scheitern zu bringen, und führt weiter provokativen Beschuss von Ortschaften unserer Republik durch. Es wurde heute bereits der zweite Beschuss festgestellt.

Heute um 18:20 Uhr haben die ukrainischen Kriegsverbrecher aus der 92. Brigade auf direkte Anweisung Kokorjews die Umgebung von **Werchnetorezkoje** (jushnoje) mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Informationen über Opfer und Zerstörungen werden ermittelt.

Unsere Einheiten halten den Waffenstillstand weiter ein, sie gehen nicht auf Provokationen ein und beobachten die Handlungen des Feindes.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, sich unverzüglich in das Geschehen einzumischen und eine Einstellung der Provokationen von Seiten der BFU zu erreichen.

armiyadnr.su: **Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainischen Besatzer aus der 36. Brigade unter Kommando von Gnatow, haben zum dritten Mal grob den geltenden Waffenstillstand verletzt und einen Schlag auf den Süden unserer Republik verübt.

Infolge von Beschuss ab 19:40Uhr auf **Kominternowo** mit 120mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen geriet ein Haus in der Tschernjachowskij-Straße 13 in Brand. Der Brand ist noch nicht gelöscht, weil das Feuerwehrauto wegen des anhaltenden Beschusses nicht an den Brandort kommen kann.

Bis 20:30 Uhr hat der Feind bereits vier 120mm-Mörsergeschosse auf die Ortschaft abgefeuert. Zurzeit wird mit Schützenpanzern auf das Zentrum von Kominternowo geschossen.

Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Wir rufen die internationalen Beobachter auf, sich unverzüglich in das Geschehen einzumischen und von der ukrainischen Seite die Einhaltung des Waffenstillstands zu erreichen! Andernfalls wird eine adäquate symmetrisch Antwort auf die Handlungen der ukrainischen Besatzer erfolgen.

de.sputniknews.com: **Polen fürchtet Annäherung von Russland und EU**

Laut dem stellvertretenden Außenminister Polens, Marcin Pšchidacz, ist Warschau darüber besorgt, dass einige Länder der Europäischen Union sich gegenüber Russland immer freundlicher verhalten, meldet die Nachrichtenagentur Reuters am Freitag.

Polen will laut dem Diplomaten nun dafür sorgen, dass eine neue EU-Kommission harte Maßnahmen gegen Moskau ergreift.

„Es scheint so, als seien sich einige europäische Spitzenpolitiker des Umstandes nicht bewusst, dass ihre Handlungen als ein Versuch wahrgenommen werden, die Beziehungen (zu Russland – Anm. d. Red.) zu erwärmen. Und wenn sie sich dessen bewusst sind, dann ist ihre Politik fehlgeleitet“, erklärte Pšchidacz.

Er ist der Ansicht, die Annäherung an die EU-Länder werde für die russische Seite ein Signal sein, dass Europa den Beitritt der Krim zu Russland dem Kreml mit der Zeit durchgehen lassen würde. Dies könnte einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen.

„Es gibt keinen Grund, russische (Spitzenpolitiker – Anm. d. Red.) zu verschiedenen gemeinsamen Partys oder Tanzveranstaltungen einzuladen. Es wurden Maßnahmen ergriffen, um Russland von seiner aggressiven Politik abzubringen, aber es ist noch nicht einmal einen halben Schritt zurückgewichen.“

Im Juni hatte der französische Premierminister Édouard Philippe erklärt, dass die Sanktionen gegen Russland nicht dauerhaft, sondern zeitweilig seien, und dass sie „jederzeit aufgehoben“ werden könnten. Zudem beschränkten sich die Beziehungen zwischen Russland und Frankreich laut Philippe nicht nur auf die staatliche Ebene, sondern würden sich auch auf die Völker, die Territorien und die literarische Vergangenheit der beiden Länder stützen.

Der französische Politiker sagte damals auch, dass Russland „einen großartigen Entwicklungsplan bis 2024“ angekündigt habe, der zwölf nationale Projekte umfasst, und Frankreich würde Moskau eine Zusammenarbeit diesbezüglich – außerhalb der zwischen den beiden Staaten bereits bestehenden Partnerschaftsbereichen – anbieten wollen.

Am 20. Juni 2019 hatte die EU die so genannten „Krim“-Sanktionen um ein weiteres Jahr verlängert. Brüssel wirft Moskau hinsichtlich der Wiedervereinigung der Krim mit Russland 2014 die Annexion der Halbinsel vor.

Die russische Führung hat diesbezüglich immer wieder darauf verwiesen, dass die Krim-Bewohner bei dem Referendum 2014 auf demokratischem Wege und im vollen Einklang mit dem Völkerrecht und der UN-Charta für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt haben.

Der Volksentscheid wurde auf der Krim nach dem Staatsstreich in der Ukraine vom Februar 2014 durchgeführt. Dabei hatte eine überwältigende Mehrheit von 96,77 Prozent der Bürger der Republik Krim und 95,6 Prozent der Einwohner der Stadt Sewastopol für den Beitritt der Schwarzmeerhalbinsel zur Russischen Föderation gestimmt.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie zuvor mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 19:40 Uhr einen **massiven Schlag auf den Süden der Republik** verübt. Mehr als eine Stunde lang hat der Gegner mit Mörsern des Kalibers 120mm,

Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen in Richtung Kominternowo geschossen.

Nach genaueren Informationen entstanden infolge des Beschusses Brände an folgenden Adressen:

- Tschernjachowskij-Straße 13 (Dach und Decke des Wohnhauses gerieten in Brand);

- Achmatowa-Straße 13 (trockenes Gras geriet in Brand).

Die Vertretung der DVR im GZKK hat dreimal ein Regime der Ruhe angefordert. Inzwischen wurde der Beschuss eingestellt, vor Ort arbeiten Feuermannschaften des Zivilschutzministeriums der DVR. Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer. Wir verurteilen die verbrecherischen Handlungen der BFU entschieden und qualifizieren die Fälle von Beschuss von Wohngebieten der Republik als äußerst grobe Verletzung des geltenden Regimes der Feueinstellung.

Wir rufen die OSZE-Mission auf, mit einer aktiven Position zur Frage der Unzuverlässigkeit von Kriegsverbrechen auf dem Territorium des Donbass, die folgenden für die friedliche Bevölkerung nach sich ziehen, aufzutreten und außerdem die Folgen des Beschusses festzuhalten und in ihren Berichten zum Ausdruck zu bringen.

armiyadnr.su: **Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Die ukrainischen Besatzer aus der 36. Brigade unter Kommando von Gnatow verletzen den Waffenstillstand und beschießen weiter **Kominternowo**.

Um 23:25 Uhr haben die ukrainischen Kämpfer 29 Granaten mit einem automatischen Granatwerfer auf die Ortschaft abgefeuert.

Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Wir fordern von den internationalen Beobachtern, sich unverzüglich in das Geschehen einzumischen und von der ukrainischen Seite eine Einhaltung des Waffenstillstands zu erreichen!

de.sputniknews.com: **Ukraine bildet Polizeikräfte zum Rückholen des Donbass aus**

Die Ukraine hat bislang fast 800 Polizisten ausgebildet, die an der künftigen Operation zum Rückholen der abtrünnigen Donbass-Gebiete im Osten des Landes teilnehmen werden. Das teilte das Verteidigungsministerium der Ex-Sowjetrepublik am Freitag in Kiew mit.

„800 Polizisten haben einen Sonderkurs absolviert. Sie werden bei der Wiederherstellung des staatlichen Souveränität auf dem Territorium einzelner Kreise der Gebiete Donezk und Lugansk eingesetzt“, heißt es in der auf der Homepage der Nationalen Polizei der Ukraine veröffentlichten Mitteilung.

Die Polizisten hätten gemeinsam mit Angehörigen der Nationalgarde, des Rettungsdienstes und dem Personal des Grenzschutzes trainiert. Zudem hätten sie bei Friedensmissionen gesammelte internationale Erfahrungen studiert, heißt es.

Zuvor hatte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bei seinem Besuch in Ankara Vertretern der türkischen Seite vorgeschlagen, sich an der Wiederherstellung von Objekten der Infrastruktur im Donbass zu beteiligen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32053/74/320537442.jpg>

Dnr-online.ru: Dringende Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin im Zusammenhang mit dem Beschuss von Kominternowo durch die bewaffneten Formationen der Ukraine

Heute haben ukrainische Soldaten in Verletzung des auf der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk ausgerufenen Waffenstillstands einen massiven Artillerieschlag auf Wohnhäuser im Süden unserer Republik verübt.

Entgegen den Vereinbarungen, an denen regelmäßig bevollmächtigte Vertreter Kiews beteiligt sind, wurden auf Kominternowo Geschosse des Kalibers 120 mm abgefeuert, es wurden automatische Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt, außerdem wurde mit Schützenpanzern auf das Zentrum der Ortschaft geschossen.

Mehr noch, infolge dieses hinterhältigen Beschusses starben zwei Verteidiger unserer Republik.

Derartige Feuerangriffe sind ein Mittel uns zu provozieren, die erreichten Vereinbarungen zu verletzen. Wir gehen nicht auf Provokationen ein! Ein weiteres Mal hat die neue Kiewer Regierung ihre Verhandlungsunfähigkeit und das Fehlen des Willens einen friedlichen Dialog zu führen gezeigt.

Wir rufen die Beobachter, die in der Konfliktzone aktiv sind, auf, sich unverzüglich einzumischen und die ukrainische Seite zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu zwingen! Aber falls die Kiewer Regierung auch weiter ihr Wort brechen sollte, wird auf ihre Handlungen eine symmetrische Antwort gegeben werden.

de.sputniknews.com: Moskau: „Japanische“ Südkurilen auf Landkarte zu Olympia-2020 vergiften bilaterale Beziehungen

Das Markieren der Südkurileninseln auf einer zu den Olympischen Spielen 2020 in Tokio vorbereiteten Landkarte als „japanisch“ ist rechtswidrig und vergiftet die Beziehungen zwischen Russland und Japan. Das erklärte die amtliche Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Freitag in Moskau.

Derartige Schritte würden die Lösung komplizierter Probleme im Verhältnis beider Länder nur erschweren. Diese Aktion werde auch Tokio selbst keinen Nutzen bringen, sagte die Sprecherin.

Zuvor war auf der offiziellen Website der Olympischen Spiele von 2020 in Tokio eine Karte Japans samt den russischen Inseln Kunaschir, Schikotan, Iturup und Habomai (nordöstlich der Insel Hokkaido) veröffentlicht. Japan erhebt seit Jahren Anspruch auf diese Inselgruppe, die nach der Zerschlagung der kaiserlichen japanischen Kwantung-Armee durch die Sowjettruppen zum Abschluss des 2. Weltkrieges in den Staatsverband der damaligen Sowjetunion aufgenommen wurden.

Die Zugehörigkeit der vier Südkurileninseln zur UdSSR ist in einem entsprechenden sowjetisch-japanischen Vertrag festgehalten. Die beiden Länder haben immer noch keinen Friedensvertrag. Tokio macht seinen Abschluss von der Rückgabe der Südkurilen abhängig. Moskau geht davon aus, dass die Souveränität Russlands über die vier Inseln unumstritten ist.

Mil-Inr.info: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

Die bewaffneten Formationen der Ukraine führen weiter provokativen Beschuss auf die Positionen der Verteidiger der Republik durch.

Heute um 23:00 Uhr haben Kämpfer der 72. Brigade der BFU auf Befehl des Kriegsverbrechers Bogomolow einen verbrecherischen Beschuss unserer Positionen im Gebiet von Kalinowo mit automatischen Granatwerfern verübt.

Unsere Einheiten halten die Vereinbarungen über einen Waffenstillstand vollständig ein und gehen nicht auf die Provokationen des Feindes ein.

Wir rufen die internationalen Organisationen ein weiteres Mal auf, auf die ukrainischen bewaffneten Formationen Druck auszuüben, um den erreichten Waffenstillstand zu erhalten.